Morgen-Ausgabe

liner Tageblatt" u. „Handels-Zeitung" erscheint wochentäglich zweimal. Sonntags, Feit- u. Montags einmal. Illustrierte Gratis-Wochenschriften: Jeden Sonntag „Der Weltspiegel", Mittwoch „Technische Rundschau", 14 tägig Donnerstags „Haus Hof Garten", jeden g Wirtschaft „ULK". Man abonniert bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Deutsch-reichs, des tschecho-slowak. Staates, Ungarns, der Schweiz, Luxemburgs, der Niederlande, Dänemarks, dens, Norwegens u. Bulgariens; für alle übrig. Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzband durch die d. Blatt. möglich. Bezugspreis: Durch die Post monatl. 12,50 M. ausschl. Zustellungsgebühr, Aus-auschl. Postaufschlag; für Berlin u. Vororte monatlich 10.— M. bei tägl. zweimaliger Zustellung Botenfrauen ins Haus. Unter Kreuzband monatlich für das Inland 20.— M., u. Ausland 40.— M. höhere Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nach-ung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts. In Berlin u. Vororten abonniert man der Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Straße 46—49 (Fernsprecher Amt Zentrum 10131—10144, für den Fernverkehr Nr. 14207—14209), und den nebenstehend aufgeführten Filialen.

Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Insertionspreis: Zeile M. 5.— u. 70 % Zuschl. Stellen-Gef. M. 4.— die Zeile. Nachrichtl. u. übl. Tarif. Ausl.-Anz. 500 % Zuschl. Anzeigen- u. Abonn-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexp. SW. 19, Jerusl. Str. 46/49. Filialen: Leipz. Str. 103; Potsd. Str. 33; Zimmerstr. 29; Königgrätzerstraße 56/57; Rosenth. Str. 48; Schönh. Allee 144; Mortzplatz; Alexan. Str. 67/68; Rathen. Str. 5; Turmstraße 61; Schiffbauerd. 4; Gr. Frankf. Str. 101; Frankf. Allee 286; Frankf. Allee 346; Blücherstr. 69; Wiener Str. 1/6; Greifsw. Str. 197; Fenastr. 1; Müllerstr. 135; Badstr. 61; Charlottenb.: Lauenzienstr. 2; Kantstr. 34; Scharrenstr. 59; Nürnb. Str. 28/26; Kaiserd. 20; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Grunewald.: Hentiettenplatz; Lichtenbg.: Frankf. Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1/2; Neukölln: Berliner Str. 41; Hermannstr. 20/94; Kais.-Friedrich-Str. 247/48; Pankow: Bornholm. Str. 1; Schmargendorf: Breite Str. 9; Schöneberg: Hauptstr. 23/24; Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88; Kaiserplatz 15. In der Provinz: Brandenburg a. d. S.: Hauptstr. 4; Cöpenick: Schlostr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschöneweide: Brückenstr. 23; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Paradeplatz 8.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

231 • Ausgabe A Nr. 126
sgabe für Berlin u. Umgegend Nr. 231

Mittwoch, 19. Mai 1920
49. Jahrgang

ie Partei der aufbauenden Arbeit.

Warum mußt du demokratisch wählen?

Von [Nachdruck verboten.]

Erich Dombrowski.

Der Wahlkampf ist in vollem Gange. Von allen Seiten rden die Wählermassen, vor allem die Frauen, dahin be-eitet, für die oder die Partei zu stimmen. Jede glaubt, s Zauberwort gefunden zu haben, mit dem sich der Berg sam zu öffnen vermag, der Deutschlands glückverheißende kunft einschließt. Jede? Die Deutsche demokratische Partei des Glaubens nicht, daß es bloß eines geheimnisvollen ortes, das heißt irgendeiner politischen oder wirtschaftlichen eorie bedarf, um das Vaterland mit einem Schlage wieder f seinen alten Wohlstand zu bringen. Die Deutsche emokratische Partei weiß, daß es im letzten Grunde r eine sittliche Forderung ist, die uns, nicht schnell, aber nz allmählich wieder nach oben führen kann: Positive rbeit jedes einzelnen in Politik, Wirtschaft nd Kultur.

Darum appelliert die Deutsche demokratische Partei nicht an ie Gefühle der Wähler. Gefühlsmomente sind stets nkontrollierbar, sind subjektiv. Aus dem Gefühl heraus, s dem Rausch eines Augenblicks ist das deutsche Volk in den rieg getaumelt und muß nun in vielen Jahrzehnten seinen chuldteil an der Weltkatastrophe abbüßen. Dieselbe Ge-hlspolitik wäre es, wenn zahlreiche Wähler, unzufrieden it dem Schneckengange der Aufwärtsentwicklung, sich jetzt gen würden: Wählen wir nun einmal rechts. Die Linke nn den Wiederaufbau Deutschlands doch nicht meistern.

Gut. Kehren wir den Fall einmal um und fragen uns nz nüchtern, was wohl aus Deutschland ge-orden wäre, wenn die Rechtsparteien auch ach dem Kriege die Zügel der Regierung in der and behalten hätten. Die Entente hätte mit einem olchen Deutschland überhaupt nicht Frieden geschlossen. Frankreich wäre, weil ein reaktionäres Deutschland ihm, ach den Erfahrungen der Vergangenheit, als eine ständige edrohung der Welt und seiner eigenen Grenzen erschienen äre, mit seinem Vorschlage durchgedrungen, das Reich in inzelne selbständige Staaten zu zerlegen. Kurz, das Deutsche Reich würde heute überhaupt nicht mehr existieren. s würde eine rheinische Republik, ein Bayern, ein Baden, in Hannover, ein auf Pommern, Brandenburg und Mittel-und Niederschlesien beschränktes Preußen geben, ein ge-meinsames deutsches Vaterland würde höchstens in der Idee bestehen. Weiter. Eine Herrschaft der Rechtsparteien würde die gesamten Arbeitermassen automatisch zu einem einzigen großen Block zusammengeballt und die Revolution zu einer ständigen Erscheinung gemacht haben. Die Diktatur des Proletariats wäre längst proklamiert worden. Das Privateigentum wäre enteignet. Die Wirtschaft wäre völlig zertrümmert. Das Chaos wäre, wie in Rußland, da. Die Rechtsparteien hätten die Waffen dagegen erhoben. Einmal und noch einmal. Der Kapp-Putsch wäre nicht ver-einzelt geblieben. Unabsehbare Bürgerkriege, Mord und Tot-schlag wären die Folgen gewesen. Das alles wären die „Begleiterscheinungen" einer rechtsgerichteten Regierung ge-wesen.

Ja, wird der Gefühlspolitiker einwenden, aber früher, als die Rechte am Ruder war, hatten wir's doch viel besser. Diese Fragestellung ist verkehrt. Richtiger muß es heißen: Trotz der verkehrten konservativ-nationalistischen Regierungs-methoden haben wir es zu etwas gebracht. Das Bürgertum und die Arbeiter waren es, die in rastlos schaffender Tätig-keit Deutschlands Volkswirtschaft und Kultur, trotz allen Wider-ständen einer innerlich unehrlichen und antidemokratischen Politik, hochgebracht haben. Als die deutsche Politik mit ihrem Theaterdonner und falschen Flitterglanz schließlich die ganze Welt gegen uns aufbrachte, als sie, nachdem wir jahrelang vorher ahnungslos auf dem brodelnden Vulkan getanzt hatten, mit einem Zusammenbruch endete, da riß diese ungeheure Katastrophe, wie nur natürlich, auch die stolze deutsche Wirt-schaft in diesen Strudel mit hinein. Warum traten da nicht die Herren der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei hervor und sagten: Nun wollen wir wieder aufbauen!? Statt dessen verkrochen sie sich vor der Revolution, obwohl sie keinem ein Härchen krümmte, in alle möglichen Schlupfwinkel und kamen erst langsam aus ihrem Versteck heraus, als das neue demokratische Staatswesen staatsbürgerliche Gleichheit, Recht und Gerechtigkeit als unveränderliche Grundlagen seiner Existenz stabiliert hatte. Nun, als sie dessen gewiß waren, fingen sie an zu kritisieren, zu lärmen, zu schreien und spielten sich als die großen Splitterrichter auf. Gewiß. Es sind im Ver-lauf der anderthalb Jahre seit dem Waffenstillstand Fehler, große und kleine, gemacht worden. Wir übersehen diese Schatten nicht. Sie mußten in einer solchen Zeit fortwährender gewaltiger Spannungen, Krisen und Kämpfe vielleicht größer sein als in einer Epoche ruhiger, ungestörter Entwicklung, da nur „die laufende Arbeit" zu bewältigen war. Wo Großes rasch und unverzüg-lich, gewissermaßen auf einem Trümmerhaufen, geschaffen werden mußte, da muß man Mängel schon mit in den Kauf nehmen. Keine Partei ist ein Peter Schlemihl, ein Mann ohne Schatten. Aber nur diese Mängel zu sehen, nur darum alles Gewordene und Geleistete in Grund und Boden zu verdammen, dazu haben gerade die Rechtsparteien kein moralisches Recht. Denn sie sind es gewesen, die alle die Jahrzehnte vor dem Kriege das linksstehende Bürgertum und die Arbeiterschaft systematisch von jeder praktischen Verwaltungstätigkeit aus-geschlossen und damit ihnen jede Möglichkeit genommen haben, Erfahrungen zu sammeln und praktische Vorarbeit zu leisten. Die Koalitionsparteien haben aus dem Nichts, materiell und geistig, ein neues Deutschland auf die Füße stellen müssen. Die Rechtsparteien haben Deutschland ins Chaos gestürzt, die Koalitionsparteien haben es aus diesem Chaos wieder herausgerettet. Das ist die Sachlage.

Der Wiederaufbau Deutschlands ist im Werden. Nur die drei Koalitionsparteien, die ihn begonnen haben, können ihn vollenden. Erstarkt die Rechte wesentlich durch Stimmen-zuwachs und ist ein Block der Mitte nicht mehr möglich, so ist das gleichbedeutend mit einem rapiden Anwachsen des Radi-kalismus in der Arbeiterschaft, das heißt mit einer neuen revo-lutionären Epoche, deren Folgen gar nicht abzusehen sind. Vom Zentrum bröckeln größere Teile ab. Gewisse konservative separatistische Kreise scheinen sich absondern zu wollen. Wie groß diese Bewegung ist, werden, zahlenmäßig, erst die Wahlen zeigen. In der Mehrheitssozialdemokratie gehen gleichfalls Verschiebungen vor sich. Die radikaleren Elemente neigen zu den Unabhängigen. Auch hier wird erst der Wahl-ausfall eine ziffernmäßige Klarheit schaffen. Die Koalition wird also voraussichtlich links und rechts an der Peripherie Glieder verlieren, und ihre Basis wird schmäler werden. Darum wird es Pflicht des demokratischen und entschieden liberalen Bürger-tums aller Schichten, der Unternehmer, Angestellten und Ar-beiter, der Beamten, Handwerker, freien Berufsangehörigen und vornehmlich der Frauen, sein, bei den Wahlen so geschlossen wie möglich für die Deutsche demo-kratische Partei einzutreten. Soll der parlamen-tarische Block des Wiederaufbaues erhalten bleiben, so darf die demokratische Fraktion kein Mandat verlieren, und soll sie, mehr noch als bisher, ihre Grundsätze und ihre Wünsche inner-halb der Koalition zur Geltung bringen, so muß sie noch er-heblich an Abgeordnetensitzen gewinnen. Je größer ihre par-lamentarische Machtgrundlage ist, um so größer wird auch ihr Einfluß sein.

Was hat die Deutsche demokratische Partei bisher erreicht? Negativ hat sie, als Partei des Ausgleichs, dafür gesorgt, daß die Sozialdemokratie das sozialistische Erfurter Programm mit seiner Aufhebung der Privatwirtschaft nicht verwirklichen und das Zentrum nicht eine einseitig konfessionell gerichtete Politik einschlagen konnte. Positiv hat sie die Reichs-verfassung, die Grundlage für eine Sanierung der Finanzen, die ersten Anfänge für die Verwirklichung des demokratischen Gedankens auch im Wirt-schaftsleben und im Auslande durch ihre Verständi-gungspolitik eine Atmosphäre zunehmenden Ver-trauens geschaffen. Die Valuta der deutschen Mark steigt wieder von Woche zu Woche. Immer neue Kredite werden uns zur Wiederaufrichtung unseres sozialen und wirtschaftlichen Lebens vom Auslande gewährt. Darauf soll und muß nun weiter gebaut werden. Die nächste Gelegenheit dazu bietet die Konferenz in Spaa. Kann der Reichskanzler, wer es dann auch sein mag, nicht dabei auf die bisherige starke Koalition der Mitte fußen, so ist alle mühsame Wiederherstellungsarbeit um-sonst gewesen, und das Ausland wird eine neue Politik der Unterdrückung und Knebelung Deutschlands einschlagen. Das ist keine bloße Phrase. Sieht das Ausland ein rechts orien-tiertes Deutschland in Spaa vor sich, so wird sich diese Politik der Vorsicht und Sicherung zahlenmäßig in der Höhe der uns aufzuerlegenden Kriegskostenentschädigung ausdrücken. Wer also am 6. Juni einen Stimmzettel für die Rechtsparteien abgibt, trägt möglicherweise dazu bei, daß Deutschland in eine noch größere Schuldknechtschaft vom Auslande gerät.

Es ist bedauerlich, daß gerade weite Kreise der deutschen Intelligenz diese tieferen politischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge nicht erkennen oder nicht sehen wollen. Eine Romantik, die der französischen nach dem Sturz des ersten Kaiserreichs mit ihrem sehnsuchtsvollen Napoleonkult nicht unähnlich ist, hält die Geister dieser Gesellschaftsschichten gefangen. Sie, und insbesondere ein Teil der Studenten, wollen es nicht wahr haben, daß tatsächlich ganz neue ge-schichtliche Verhältnisse entstanden sind, die sich nicht mehr rückwärts revidieren lassen. Sie kleben an der Vergangen-heit, am Autoritäts- und Konnexions-Philistertum und ver-missen das gemachte Bett des vorgezeichneten Berufs, in das sie sich, bei nur einigermaßen durchschnittlicher Begabung, früher bequem hineinlegen konnten, ohne sich, wenn sie ein-mal die vorgeschriebenen Examen gemacht hatten, für ihre spätere Zukunft besondere Sorgen machen zu dürfen. Heute muß sich jeder, auch der Akademiker, das Leben erobern. Das ist der eigentliche Sinn des Wortes vom Aufstieg der Tüch-tigen, das ist der Sinn der großen geistigen Auslese. Eine Jugend, die sich an diesem Kampf nicht begeistern kann, die, schlaff und schlapp, nur der verloren gegangenen Futter-krippen nachweint, hat ihren wahren Lebensberuf verfehlt, noch ehe sie ins Leben getreten ist.

Auf der Jugend, auf dem Nachwuchs aber beruht Deutsch-lands Schicksal. Parteien wird es immer geben. Partei-kämpfe auch. Aus dem Widerstreit der Meinungen erst er-wächst die schöpferische Tat. Aber was uns heute noch fehlt, und warum Deutschland noch fortwährend wie ein von Wellen und Winden gepeitschtes Schiff, in allen Fugen ächzt und kracht, ist das Moment, daß die demokratische Idee als solche, daß der demokratisch-republikanische Gedanke noch nicht eine allgemeine, jedem in Fleisch und Blut übergegangene Tat-sache ist, hinter der erst der Widerstreit der Parteien aus-gefochten werden darf. Dieser demokratische Grundgedanke als etwas Selbstverständ-liches ist die Voraussetzung für die innere und äußere Geschlossenheit der deutschen Nation; er ist die Kraft- und Machtquelle, aus der heraus wir uns als Volk materiell und geistig-seelisch wieder erneuern können. Hierin liegt die große Aufgabe, die der In-telligenz und Jugend in diesem Augenblick zugefallen ist. Von diesem Wege, der allein wieder aufwärts führt, darf der Wähler, Mann oder Frau, nicht links und nicht rechts, plötz-lichen Gefühlsregungen nachgebend, abweichen. Dieser Weg führt in die Deutsche demokratische Partei.

Die Einschätzung der deutschen Zahlungsfähigkeit.

Die Ergebnisse der Konferenz in Hythe.

Die abweichenden Meinungen der englischen und der französischen Sachverständigen. — Eine neue „Vorbesprechung" in Ostende?

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

VA **Genf**, 18. Mai.

In einigen, nicht in allen Fassungen des Communiques von Hythe ist die Höhe der deutschen Kriegsschuld mit 120 Mil-liarden Goldmark angegeben. Wie Genfer Blätter sich aus Paris telephonieren lassen, ist diese Ziffer nicht definitiv, sondern provisorisch in das, wie scheint, etwas hastig abgefaßte Schriftstück aufgenommen. Das „Petit Journal" betont ausdrücklich, daß noch keine Ziffer festgesetzt wird, was auch gar nicht möglich gewesen sei, da die Anschauungen der englischen und der französischen Sachverständigen über die deutsche Zahlungskraft weit auseinander gingen. Die Engländer schätzten die deutsche Leistungs-fähigkeit auf 50 bis 100, die Franzosen auf 200 bis 250 Milliarden. Die Pariser Presse ist von dem Abkommen nicht entzückt. „Journal des Debats" weist darauf hin, daß nach den letzten Angaben das deutsche Defizit beinahe 40 Milliarden erreiche, und daß es deshalb den Vertretern des Reichs in Spaa leicht fallen werde, diese Zahlungsunfähigkeit auszuspielen.

Paris, 18. Mai. (W. T. B.)

Nach einer Londoner Meldung des „Petit Journal" werden sich **Lloyd George und Millerand Anfang Juni höchstwahr-scheinlich wieder und zwar in Ostende zu einer Beratung zu-sammenfinden.**

Haag, 18. Mai.

Aus London wird gemeldet: Die Richtigkeit der fran-zösischen Angaben, daß Deutschland im ganzen 125 Milliarden Goldmark zu zahlen haben wird, von denen Frankreich 55 und Eng-land 25 Milliarden erhalten soll, wird in England als fraglich bezeichnet. Gut informierte Kreise behaupten, eine Ziffer sei durchaus nicht festgestellt worden, was auch unmöglich wäre, weil die Feststellung nicht durch die zwei Premierminister Millerand und Lloyd George, sondern nur durch die ganze Friedens-konferenz erfolgen könne. Auch die Angaben der Sach-verständigen hätten vorderhand nur provisorischen Charakter.

Eine neue ungarische Delegation.

Amerika und der Friedensvertrag.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

⊙ **Wien**, 18. Mai.

Die ungarische Friedensabordnung wird den Friedensvertrag mit der Entente nicht unterzeichnen. Die ungarische Regierung hat beschlossen, den Vertrag durch eine neue Abordnung unterzeichnen zu lassen. Der Generalsekretär der Friedensdelegation befindet sich mit der Antwort der ungarischen Regierung bereits auf dem Wege nach Paris.

Budapest, 18. Mai. (W. T. B.)

Gesandter v. Praznovsky, Generalsekretär der ungarischen Friedensdelegation, reist morgen nach Paris ab zur Ueber-